

POSTULAT
von Grossrätin Graziella Walker Salzmann (CSPO) und Mitunterzeichnenden
betreffend Einrichtung von Tagesschulen - Agieren statt Reagieren (16.03.2006) 3.042

Bildungspolitik ist Wirtschaftspolitik, denn nur mit einer optimalen Bildung ist Wachstum möglich. Der bildungspolitische Boden für die Einführung von Tagesschulen, mit oder ohne Betreuung, liegt im Kanton Wallis noch brach. Dies die ernüchternde Kenntnisnahme der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Position des zuständigen Kantonsvertreters anlässlich des Forums der pädagogischen Hochschule Wallis vom 3. März 2006 in Brig zum Thema Tagesschulen in Randregionen, Bedingungen und Chancen ihrer Umsetzung.

Die Fachleute sind sich einig: Tagesschulen haben ein enormes Potential, pädagogischer wie volkswirtschaftlicher Art: Erhöhung der Bildungsqualität, Chancengleichheit, Verbesserung der Leistungsfähigkeit, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Zeit für Freiwilligenarbeit, gegen Vereinsamung und Vereinzelung in der Gesellschaft. Die Gesellschaft hat sich in den letzten 150 Jahren stark gewandelt. Anders das Schulsystem. Das Familienbild, die Anzahl Kinder, die Prioritätensetzung zwischen Job und Familie, die Demographie, die Geburtenrückgänge und anderes mehr stellen die Verantwortlichen vor neue Herausforderungen. Statt sich dieser Herausforderung zu stellen, steht die Diskussion um die Einrichtung von Tagesschulen nicht auf der politischen Prioritätenliste des Kantons.

Einzelne Gemeinden im Unterwallis wie auch im Oberwallis haben das Potential erkannt und die Einrichtung einer Tagesschule verwirklicht oder arbeiten an der Umsetzung. Es ist jedoch nicht wünschenswert, wenn jetzt jede Gemeinde eine Tagesschule einführen wollte. Gefordert ist der Kanton. Die bestehenden gesetzlichen Grundlagen lassen die Einführung von Tagesschulen grundsätzlich zu, lassen jedoch eine Vielzahl von Einzelfragen ungelöst. Hinzu kommt, dass die nationalrätliche Bildungskommission die Unterstützung von parlamentarischen Initiativen beschlossen hat, welche die Kantone zur Bereitstellung von Tagesschulen und Mittagstischen verpflichten wollen.

Der Staatsrat wird deshalb aufgefordert, im Rahmen einer Gesamtplanung unter Einbezug der Tatsache der starken Geburtenrückgänge die Möglichkeiten der Einführung von Tagesschulen mit oder ohne zusätzliche Betreuung zu prüfen. In diese Untersuchung sind die bereits bestehenden Betreuungsinstitutionen mit ein zu beziehen. Gleichzeitig wird der Staatsrat ersucht, einen Bericht über die allenfalls notwendig werdenden Änderungen des Gesetzes über das öffentliche Unterrichtswesen, insbesondere zum Schulortswechsel, zum Schulgeld, der Abteilungsgrössen usw. vorzulegen.

Sitten, den 16. März 2006
(09.20 Uhr)

Graziella Walker Salzmann, Grossrätin (CSPO)
und Mitunterzeichnende